

Anpacken statt Jammern: FPÖ zeigt vor, wie's geht!

„Wir hätten uns von der Regierung Soforthilfe erwartet und keine Vertröstungen, mehr Taten statt Worte“, kritisierte Salzburgs FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek. Wie schnelle, tatkräftige Gemeinschaftshilfe gehe, habe Straßwalchens FPÖ-Ortsparteichef Josef Pinter vorgemacht.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

Sanktionen treffen uns, nicht Moskau!

Viel zu wenig Erdgas in den Speichern – Österreichern droht ein kalter Winter

S. 2/3



Nehammer brüskiert erneut das Parlament!

ÖVP-Kanzler drückt sich vor den unangenehmen Fragen der FPÖ – S. 4/5

PARLAMENT

Kindergeld

Der EuGH hat die unter Türkis-Blau beschlossene Anpassung des Kindergeldes für im Ausland lebende Kinder an die dortigen Lebenshaltungskosten aufgehoben. Die FPÖ forderte jetzt das Ende des Kindergeldes für im Ausland lebende Kinder.

S. 6

AUSSENPOLITIK

Euro-Zerreißprobe

Will die Europäische Zentralbank die Inflation bekämpfen, oder will sie die hoch verschuldeten Euro-Länder und damit die Einheitswährung retten? In ihrer letztwöchigen Sitzung haben sich die Notenbanker für Letzteres entschieden.

S. 8/9

WIEN

Schlechter Scherz

Der 200-Euro-„Energiebonus 2022“ der Stadtregierung ist für die Freiheitlichen nur ein schlechter Scherz. Sie fordern 600 Euro für jeden Wiener, finanziert aus dem erwarteten Milliardengewinn der Wiener Stadtwerke und Wien Energie.

S. 11

MEDIEN

GIS fürs Internet?

Weil sich immer mehr Österreicher von der GIS abmelden und die ORF-Programme nur noch übers Internet ansehen, will der Staatsfunk auch eine Gebühr für sein Streaming-Angebot im Internet. Die Verfassungsrichter entscheiden demnächst.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

„Das Beste aus beiden Welten“ beschert uns Schwarz-Grün, hieß es zu Beginn. Leider hat keiner nachgefragt, welche zwei Welten damit gemeint waren.

Jetzt kennen wir die beiden Weltbilder: die Korruption bei der ÖVP und die Klimaneurose der Grünen.

Parallelwelt

Der Kanzler meidet deshalb das Parlament, wo er nur kann. Nach dem Schwänzen einer Anfragebeantwortung beehrt er auch den Beschluss des schwarz-grünen „Entlastung-bitte-warten-Pakets“ mit seiner Abwesenheit.

Karl, der Friedensstifter, wird in Brüssel benötigt. Wozu, weiß zwar niemand, aber das Kanzleramt hat es nun einmal verlautbart.

In der Zwischenzeit mühen sich die Energieministerin und der Wirtschaftsminister ganz altbacken mit ihrem Notfallplan zur Energiewirtschaft ab. Sie, Grünen-Ministerin Gewessler, erteilt Spartipps fürs Kochen. Er, ÖVP-Mann Kocher, fürs Autofahren.

Zusammen teilen sie immerhin die Hoffnung, dass Russland den Gashahn doch nicht zu Gänze abdrehet, denn sonst steht ein grantiger Wiener Bürgermeister vor der Tür, weil seine Wiener frieren. Zwei Drittel wegen des Gasmanngels und der Rest wegen der unleistbar teuren Fernwärme.

In der Welt des ÖVP-Innenministers Karner zählt derzeit nur mehr die Zahl der gefassten Schlepper. Das ist eine dreistellige Zahl pro Jahr, die wirkt nicht so bedrohend wie die der Asylwerber. Die ist zwar derzeit auch dreistellig, aber das pro Tag.

Also kein Grund für den Bundespräsidenten ein nächstes „Wir sind nicht so!“ anzustimmen. Er hat sich blendend arrangiert mit dieser besten aller Parallelwelten.

Schwarz-Grün treibt Österreich

Österreich droht im Winter ein Energiedebakel, das von der Koalition mit

Die Gasspeicher sind nur halb so voll wie sonst, und Russland hat seine Lieferungen halbiert. Österreich droht ein Energiedebakel im Winter, weshalb jetzt sogar ein Kohlekraftwerk reaktiviert wird. „ÖVP und Grüne treiben mit ihrer unverantwortlichen ‚Sanktionitis‘ die Österreicher in die Armut“, kritisiert FPÖ-Chef Herbert Kickl.

Der Gasfluss nach Österreich stockt. Wegen angeblicher Reparaturarbeiten an Gas-Kompressoren kann, so Gazprom, nur die Hälfte der vertraglich zugesicherten Menge geliefert werden. Daher sind Österreichs Gasspeicher auch nur zu knapp 40 Prozent gefüllt, anstelle der um diese Jahreszeit üblichen 80 Prozent.

In einer Krisensitzung hat die Bundesregierung beschlossen, das 2019 geschlossene steirische Kohlekraftwerk Mellach zu reaktivieren, das sein mit Gas betriebenes Nachfolgekraftwerk entlasten soll. Nur kann dieses laut Verbund wegen der Vorarbeiten und Personal-mangels frühestens im Winter starten. Und auch das nur, wenn bis dahin auch genug Kohle gekauft und geliefert werden konnte. Denn für Kohle gilt seit „Green Deal“ und Corona-Maßnahmen das gleiche wie für Gas und Öl: Es wurde weniger abgebaut, es fehlt an Transportkapazitäten, und der Preis hat sich verdreifacht.

Folgen der Sanktionspolitik

„ÖVP und Grüne führen gemeinsam mit SPÖ und Neos unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft sehenden Auges in die Katastrophe – und das alles nur, um sich inner-

halb der EU die Schulterklopfer abzuholen“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl die Gefügigkeit der Koalition zu den von Brüssel angeordneten Sanktionen gegen Russland.

Mit dieser Politik treibe die Koalition Österreich nicht nur immer weiter in die Teuerungswelle hinein, sondern habe damit auch die Versorgungssicherheit geopfert, betonte Kickl: „Ich fordere die Bundesregierung auf, sich der Öffentlichkeit zu erklären: Wo stehen wir wirklich, was sind die jeweiligen Szenarien für die kommenden Monate, und welche Pläne liegen für die einzelnen Fälle bereit? Das ist ja wohl das Mindeste, was sich die Österreicher von der Regierung erwarten können.“

Sanktionen: Ein Schuss ins Knie

Die Sanktionen würden ihre volle Wirkung entfalten, kritisierte Kickl, aber leider in die falsche Richtung: Nicht Russland, sondern Österreich leide darunter.

Russland habe bereits andere Abnehmer für sein Gas und Öl gefunden. So verdienen sich jetzt indische Raffinerien eine goldene Nase damit, dass sie verbilligt eingekauftes russisches Erdöl raffinieren und die Produkte, Benzin und Die-



„ÖVP und Grüne führen gemeinsam den Auges in die Katastrophe“, kritisierte

sel, teuer nach Europa verkaufen. Aber auch Russland selbst rechnet wegen des gestiegenen Rohölpreises heuer mit Mehreinnahmen in Höhe von 14 Milliarden Euro.

Russland schwimmt in Geld, den Österreichern fehlt es wegen der durch Corona-Maßnahmen und den Sanktionen verursachten Teuerungswelle an allen Ecken und Enden.

„Und wenn die grüne Ministerin mit der Reaktivierung eines Kohlekraftwerks die Energieversorgung in Österreich ‚retten‘ will, dann wissen wir, dass unser Land



SPITZE FEDER Regieren ohne Widerspruch.

IMPRESSUM

Offenerklärung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUAT33
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

icher in die Armut

den EU-Sanktionen herbeigeführt wurde



mit SPÖ und Neos unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft sehen-
iert FPÖ-Chef Herbert Kickl angesichts der drohenden Energiekrise.

am Abgrund steht. Was kommt als nächstes? Reaktivieren wir Zwentendorf? Werden ÖVP und Grüne den erlaubten Gasverbrauch pro Bürger gesetzlich limitieren?“, fragte Kickl in Richtung Energieministerin Eleonore Gewessler, die vor lauter Klimaschutz-Begeisterung noch immer keinen Notfallplan für die Energiekrise vorlegen konnte.

CO2-Steuer auf Kohlestrom?

„Wie intelligenzbefreit die geplante Reaktivierung des Kraftwerks im südsteirischen Mellach

ist, zeigt auch die Tatsache, dass mit Kohle produzierter Strom einen doppelt so großen CO₂-Ausstoß hat als mit Erdgas produzierter. Kommt ab Oktober dann noch die CO₂-Bepreisung dazu, dann wäre dieser Strom aus Kohle für die Endverbraucher besonders teuer“, warnte der FPÖ-Obmann.

Nehammer und Co. sollen sich endlich auf Österreich konzentrieren, forderte Kickl. Es könne doch wohl nicht sein, dass ÖVP und Grüne die Preistreiber mit falscher und neutralitätswidriger Politik noch weiter begünstigen.

KURZ UND BÜNDIG



Falsche Maßnahmen

„Die hauptsächlich auf Einmalzahlungen beruhenden Maßnahmen der Regierung bekämpfen nicht die Ursachen der Inflation“, konterte FPÖ-Finanz- und Budgetsprecher Hubert Fuchs (Bild) auf entsprechende Aussagen von ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner. Weder werde die inflationstreibende falsche Politik – Corona und Russland-Sanktionen – abgeändert, noch seien die Einmalzahlungen in der Lage, die Preise zu begrenzen, wie es die Senkungen oder Streichungen bei Mehrwertsteuer oder Mineralölsteuer könnten.

Ungeahndeter Gesetzesbruch

Ein freiheitlicher Antrag für eine Ministeranklage gegen Leonore Gewessler aufgrund der von ihr verordneten Straßenbaublockade wurde im Verkehrsausschuss von den Regierungsparteien abgelehnt, berichtete FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker (Bild): „Obwohl die Straßenbauprojekte per Nationalratsbeschluss in das Bundesstraßengesetz aufgenommen worden und daher von der Ministerin auch umzusetzen sind.“ Abgelehnt wurde auch der FPÖ-Antrag auf ersatzlose Streichung der CO₂-Steuer.



Pflegegeld-Asylanten

Die Zahl der „Pflegegeld-Asylanten“, und damit die Ausgaben für sie, steigen weiter, brachte FPÖ-Seniorensprecherin Rosa Ecker (Bild) über eine Anfrage an den Sozialminister in Erfahrung. Mit Stand Dezember 2021 gab es 1.974 Personen, die das Bundespflegegeld erhielten. Seit 2015 wurden laut Anfragebeantwortung 167 Millionen Euro explizit für die „Pflegegeld-Asylanten“ und andere Fremde bezahlt. 2015 waren es erst knapp 15 Millionen Euro. Außerdem bezahlte Österreich an weitere 3.457 Personen ein Pflegegeld, etwa aufgrund EU-rechtlicher Verpflichtungen.



SPRUCH DER WOCHE

„Deckel auf den Topf beim Kochen, beim Autofahren das Tempo reduzieren, Waschmaschine anfüllen und ab Herbst die Heiztemperatur um einen oder zwei Grad runter.“

Eleonore Gewessler
21. Juni 2022

Die Klimaschutzministerin präsentiert ihre Version des „Notfallplans“ zur Energieversorgung.



Kohle: Weltweite Reserven, Produktion und Verbrauch 2020

Reserven	Milliarden Tonnen	Anteil in %	Produktion	Anteil		Verbrauch	Anteil	
				EJ 1/	in %		EJ 1/	in %
USA	248.941	23,2	China	80,9	50,7	China	82,3	54,3
Russland	162.166	15,1	Indonesien	13,9	8,7	Indien	17,5	11,6
Australien	150.227	14,0	Indien	12,7	7,9	USA	9,2	6,1
China	143.197	13,3	Australien	12,4	7,8	Japan	4,6	3,0
Indien	111.052	10,3	USA	10,7	6,7	Südafrika	3,5	2,3
Deutschland	35.900	3,3	Russland	8,4	5,2	Russland	3,3	2,2
Indonesien	34.869	3,2	Südafrika	6,0	3,7	Indonesien	3,3	2,2
Ukraine	34.375	3,2	Kasachstan	2,0	1,3	Südkorea	3,0	2,0
Polen	28.395	2,6	Polen	1,7	1,1	Vietnam	2,1	1,4
Kasachstan	25.605	2,4	Kolumbien	1,5	0,9	Deutschland	1,8	1,2
Gesamt	974.727	90,7	Gesamt	150,1	94	Gesamt	130,6	86,2
Rest	99.381	9,3	Rest	9,5	5,9	Rest	20,9	13,8
Welt	1.074.108	100,0	Welt	159,6	100,0	Welt	151	100,0

1/ EJ = Exajoules; 1 EJ entspricht 40 Millionen Tonnen Steinkohle oder 95 Millionen Tonnen Braunkohle
Quelle: BP Statistical Review of the World Energy 2021

ZAHLEN DER WOCHE In Österreich macht ein Kohlekraftwerk „Klimaprobleme“. China, Indien & Co bauen noch hunderte bis 2040.

Ignoranz aus der Corona-Krise wurde nahtlos zur Teuerung übernommen

Der freiheitliche Generalsekretär Michael Schnedlitz übt im NFZ-Interview scharfe Kritik an der skandalgeschüttelten ÖVP, deren grünen Steigbügelhaltern, dem schweigsamen Bundespräsidenten und der Heuchelei der SPÖ zur Teuerungswelle: „Die Ignoranz aller Parteien – mit Ausnahme der FPÖ – aus der Corona-Krise wurde nahtlos zur Inflations- und Wirtschaftskrise übernommen.“

Herr Generalsekretär, war die letzte Plenarwoche mit der Kaperung einer Nationalratssitzung für eine Privatveranstaltung des ÖVP-Nationalratspräsidenten Sobotka und der Weigerung des ÖVP-Kanzlers, eine Dringliche Anfrage persönlich zu beantworten, symbolhaft für das ÖVP-Machtverständnis – und der Ohnmacht des Koalitionspartners, der Grünen?

Schnedlitz: Die letzte Plenarwoche zeigte einmal mehr das Sittenbild der ÖVP, eine Skandalsuppe, bestehend aus Bereicherung und Machtgier. Auf der einen Seite können wir einen Nationalratspräsidenten Sobotka finden, der sich für seinen persönlichen Selbstdarstellungszwang das Parlament unter den Nagel reißt, seinem ukrainischen Kollegen eine Bühne zu bieten – nebenbei mit übelster Propaganda behaftet und nicht um einen Frieden bemüht. Auf der anderen Seite blieb ÖVP-Kanzler Nehammer der an ihn gerichteten Dringlichen Anfrage fern, weil ihm das Thema rund um die Bereicherungsskandale in der ÖVP wohl zu peinlich war. Dass er dann seine nicht vorbereitete ÖVP-Staatssekretärin Plakolm zur politischen „Schlachtbank“ führt, zeigt auch, was man menschlich von ihm halten kann und muss. Plakolm wurde zurecht ausgebuht. Einen, wie von vielen Schwarzen vorgebrachten, „Welpenschutz“ kann es bei diesem Amt und diesem Salär nicht geben. Im

grünen Koalitionspartner beginnt es zwar zu gären, aber einen richtigen offenen Widerstand gegen die ÖVP gibt es nicht. Zu sehr hängt man am Futtertrog und an der linkssozialistischen Ministerin Gewessler, die unverdrossen ihr bürgerfeindliches Programm durchziehen will.

80 Prozent der Öster-

reicher und selbst 67 Prozent der ÖVP-Wähler klagen laut einer jüngsten Umfrage an, dass es ein Korruptionsproblem in der heimischen Politik gibt. Wäre es nicht höchste Zeit, dass sich der Bundespräsident dazu einmal zu Wort melden sollte?

Schnedlitz: Welcher Bundespräsident? Scherz beiseite, Van der Bellen wird sich hüten, derzeit offen aufzutreten, viel zu schlecht war sein Auftritt in der „ZIB2“ bei

„Die letzte Plenarwoche zeigte einmal mehr das Sittenbild der ÖVP, eine Skandalsuppe bestehend aus Bereicherung und Machtgier.“

Martin Thür. Aber auch in der Vergangenheit hat er eher der Regierung die Stange gehalten als unserer Verfassung. Er wechselt nur dann kurz in ein Wachkoma, wenn es darum geht, den Freiheitlichen irgendetwas Verwirrtes auszurichten. Umso wichtiger wird unser Kandidat oder unsere Kandidatin für das Präsidentenamt sein, um wieder Klarheit und Verfassungstreue in das Amt zu bringen.

Das brennendste Thema ist nach wie vor die Teuerungswelle. Jetzt nimmt auch die Kritik von Wirt-

schaft und Gewerkschaft am Versagen der schwarz-grünen Koalition zu. Aber die Opposition im Parlament findet anscheinend keinen Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen. Weshalb?

Schnedlitz: Die drei Oppositionsparteien haben oberflächlich eine große Schnittmenge in den Lösungsvorschlägen. Wir Freiheitlichen sind aber die einzig Glaubwürdigen in der Frage der Bekämpfung der Teuerung. Wenn man nämlich beobachtet, wie sich die Miet- und Energiepreise im direkten Einfluss etwa des roten Wien entwickeln, dann bemerkt man erst, wie heuchlerisch es ist, wenn die SPÖ über die

Teuerung schimpft, die sie aber selbst mit verursacht. Die Ignoranz aller Parteien mit Ausnahme der FPÖ aus der Corona-Krise wurde nahtlos in die Inflations- und Wirtschaftskrise übernommen.

Sie sind mit Parteichef Herbert Kickl derzeit unterwegs auf „Österreich Tour“. Welche Erfahrungen haben sie bisher aus den Veranstaltungen gewonnen?

Schnedlitz: Mit Herbert Kickl auf Tour durch unsere schöne Heimat zu gehen, ist schon etwas Besonderes. Hier merkt und spürt man die Kraft, die in ihm und in unserer Partei innewohnt. Überall, wo wir hinkommen, erfahren wir eine übergroße Freundschaft und Begeisterung. Es sind aber nicht nur Freiheitlichen, die kommen, sondern viele Menschen, die noch nie etwas mit unserer Partei oder mit unseren Funktionären direkt etwas zu tun hatten. Diese Regierung hat durch ihre drakonischen Maßnahmen in der Pandemie und mit ihrem derzeitigen Versagen die politische Landschaft verändert. Wir stehen so nah am Bürger wie noch nie. Ich erinnere an die Corona-Maßnahmen-Kundgebungen mit mehr als 100.000 Teilnehmern, das hat es nicht einmal unter Jörg Haider gegeben.



Foto: NFZ



Der Stuhl des Kanzlers blieb bei der

ÖVP-Kanzler

Bereits zum zweiten Mal

Am Dienstag provozierte ÖVP-Nationalratspräsident Sobotka mit einer „Privatveranstaltung“ vor Sitzungsbeginn, am Mittwoch legte ÖVP-Kanzler Karl Nehammer nach: Er erschien nicht im Parlament zur Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der Freiheitlichen. Er schickte seine Staatssekretärin zur Belehrung der Abgeordneten vor.

In 33 Fragen wollten die Freiheitlichen den Wissensstand vom Bundeskanzler über die „aktuellen ÖVP-Finanzskandale“ erfragen. Insbesondere zur vom Rechnungshof beanstandeten Wahlkampfabrechnung 2019, für die der nunmehrige Bundeskanzler Karl Nehammer als damaliger ÖVP-Generalsekretär und Wahlkampfleiter verantwortlich zeichnete.

Wie dünnhäutig Nehammer infolge des Skandalreigns in seiner Partei geworden ist, demonstrierte er durch seine provokante Abwesenheit: Er schickte zur Beantwortung der lästigen Fragen seine Jugend-Staatssekretärin Claudia Plakolm vor. Das erregte nicht nur den Unmut der Freiheitlichen und der anderen Oppositionsparteien,



Dringlichen Anfrage der Freiheitlichen leer. Nehammer verweigerte jede Antwort zu den Korruptionsvorwürfen an seine Partei.

Der schweigt zu Korruptionsvorwürfen

verweigert Karl Nehammer die Beantwortung von Fragen der Freiheitlichen im Nationalrat

sondern sogar die Fraktion des Koalitionspartners. Die Klubchefin der Grünen warf dem Kanzler und der auf eine Vielzahl der Fragen die Antwort verweigernden Staatssekretärin vor, einmal mehr „mangelnden Respekt vor dem Parlament“ an den Tag zu legen.

Nehammer brüskiert Parlament

Der Bundeskanzler stoße mit seiner Abwesenheit das Parlament vor den Kopf, kritisierte der FPÖ-Abgeordnete Christian Hafenecker, der die Anfrage begründete. Seit der Angelobung der Bundesregierung gebe es laufend Skandale, Personalrochaden und interne Streitereien, während die Bevölkerung in der galoppierenden Teuerungswelle im Stich gelassen werde.

Hafenecker resümierte das ÖVP-Sündenregister, beginnend mit Inseratenkorruption, Steuerhinterziehung, brutalsten Postenschacher bis hin zum Lukrieren von Steuergeldern durch dubiose Umgehungskonstruktionen, geschehen in der Corona-Krise.

Gerade in den aktuellen Krisenzeiten bräuchte Österreich eine handlungsfähige Bundesregierung. Aber die fortwährenden Versuche des Bundeskanzlers, sich „an an-

deren abzuputzen“, erzeugten eine schlechte Optik, die jetzt darin gipfelt, dass er sich den an ihn gestellten Fragen entzieht.

„Der Held von Kiew und Moskau kneift. Er ist mittlerweile das zweite Mal bei einer Dringlichen Anfrage der FPÖ zu feig, sich der Wahrheit und der Auseinandersetzung zu stellen“, kritisierte auch Klubobmann Herbert Kickl die Abwesenheit Nehammers.

Auch die Antwortverweigerung und die Belehrungen durch Plakolm stießen Kickl sauer auf: „Seitens der ÖVP hat man vielmehr gesagt, zu welchen Fragen man sich

erdreiste und dass man sie mit der Kontrolltätigkeit belästige.“

ÖVP im Korruptionssumpf

Deshalb sei der Satz von Kanzler Nehammer, dass die ÖVP kein Korruptionsproblem habe, falsch, erwiderte der FPÖ-Klubobmann: „Die ÖVP ist ein Korruptionsproblem! Abertausende Mitglieder und Funktionäre genießen sich mittlerweile für diese Spitzenfunktionäre, die die Inkarnation von Machtmissbrauch und Selbstbedienungsmentalität sind!“

Hafenecker zog eine Parallele zu Italien, dessen politisches System

in den 1990er Jahren im Gefolge einer Korruptionswelle implodierte: „Dort gab es mit ihrer Schwesterpartei ‚Democrazia Cristiana‘ eine Partei, die im Sumpf von Korruption versunken ist und daher heute nicht mehr existiert. Die ÖVP bewegt sich auf ein ähnliches Schicksal zu.“

Aber nicht nur diese ÖVP erleide mit jedem Tag mehr Schaden, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz, sondern mit ihr leider auch das Land und dessen Bevölkerung. Diese werde nach den unsinnigen Corona-Maßnahmen jetzt in der Teuerungswelle im Stich gelassen, die sich bereits in den Mittelstand hineingefressen habe und den Wohlstand des Land bereits massiv gefährde.

Weil auch der Koalitionspartner, die Grünen, den im Wahlkampf versprochenen „Anstand“ in der Regierungsarbeit längst vermissen ließen, sei es Zeit für einen Neuanfang über Neuwahlen: „Aus diesen und vielen anderen Gründen bringen wir Freiheitlichen einen Misstrauensantrag gegen ÖVP-Kanzler Nehammer ein.“

Der Antrag wurde von der Mandatsmehrheit der Koalitionsparteien zurückgewiesen.



Hafenecker: Die ÖVP droht im Sumpf von Korruption zu versinken.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Letzte Plenarwoche konfrontierten wir den Bundeskanzler mit einer Dringlichen Anfrage zu den Finanzskandalen der ÖVP. Aber der krisengebeutelte Kanzler schickte die Jugend-Staatssekretärin aus, die den verdutzten Abgeordneten erklärte, dass sie das alles nichts angehe.

Mut statt Feigheit

Bemerkenswert war die Empörung bei der grünen Klubobfrau: „Mangelnder Respekt vor dem Parlament ist nichts Neues. Ich erwarte mir, dass Sie es in Zukunft besser machen werden, Frau Staatssekretärin.“ Schlussendlich musste Staatssekretärin Plakolm erneut ans Redepult, um zwei Fragen ausführlicher zu beantworten. Eine Blamage.

Nehammer versteckte sich aber nicht nur hinter ihr, sondern auch hinter seinem ehemaligen Bundesgeschäftsführer Alexander Melchior, dem offensichtlich die Rolle des Sündenbockes zugedacht ist.

Dieser Erbärmlichkeit gilt es, Mut entgegenzuhalten, wie es unser Obmann in der Pandemie bewiesen hat. Herbert Kickl hat den Mund aufgemacht gegen die Bedrohung der Freiheit, gegen das Establishment, und alles in seiner Macht stehende unternommen, um Widerstand zu leisten.

Er musste als Innenminister zurücktreten, weil gegen einen FPÖ Politiker ermittelt wurde und er zum vermeintlichen Tatzeitpunkt FPÖ-Generalsekretär war. Legt man diesen Maßstab an, so hätte Herr Nehammer nie Innenminister werden dürfen – und Kanzler schon gar nicht.

Vor diesem Hintergrund überascht es nicht, dass sich eine Mehrheit der Österreicher für Neuwahlen ausspricht.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Teure Ausstiegs-Förderung

Der Nationalrat hat mehrere Gesetze zur Sicherung der Gasversorgung Österreichs beschlossen. So soll Unternehmen der Ausstieg aus russischem Erdgas mit einer Förderung von 100 Millionen Euro pro Jahr bis 2025 erleichtert werden. Das sei hinausgeworfenes Geld, kritisierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild), da die OMV bis 2040 an die Verträge mit der Gazprom gebunden sei und sechs Milliarden Euro auf jeden Fall bezahlen müsse.



VERKEHRSPOLITIK

Gefahren-Novelle

Die FPÖ hat am vergangenen Montag im Verkehrsausschuss die StVO-Novelle der Regierung abgelehnt. Denn dabei handle es sich um ein „Autofahrer-Schikanen-Paket“, das mit den „Bevorzugungen“ für Radfahrer nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Gefahren im Straßenverkehr schaffe.

Kindergeldzahlungen ins Ausland einstellen!

Nach EuGH-Urteil: Kompetenz an Nationalstaaten zurückgeben

Der EuGH hat die Anpassung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten für im Ausland lebende Kinder aufgehoben. Die FPÖ fordert, dass Familienleistungen künftig nationale Angelegenheit werden sollen.

Das Argument, dass Eltern in Österreich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen und deswegen einen Anspruch auf unsere Familienleistungen haben sollten, ist für FPÖ-Chef Herbert Kickl vollkommen verfehlt.

Anders als Rentenansprüche, Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit sind Familienleistungen keine Sozialversicherungsleistungen. Und Familienbeihilfe wie auch Kinderbetreuungsgeld werden auch an Eltern bezahlt, die



Kickl: Andere Regelung, oder kein Kindergeld mehr ins Ausland.

gar nicht erwerbstätig sind, betonte Kickl: „Dazu kommt, dass manche Staaten keine Leistung bezahlen müssen, wenn nur ein Elternteil bei uns arbeitet und der andere gene-

rell nicht. Österreich wird voll zur Kasse gebeten!“ Daher sollten die Nationalstaaten selbst entscheiden, unter welchen Bedingungen sie Familienleistungen gewähren.

Massive Corona-Schäden bei der Pflege

Laut dem Bericht der Volksanwaltschaft haben Menschenrechtsverstöße in den Pflege- und Jugendheimen in der Corona-Krise



Foto: Publikumsdirektion Österreich

massiv zugenommen. „Der aktuelle Bericht 2021 zeigt klar auf, dass die Situation durch fehlende Pflegekräfte immer prekärer wird, weil ein Viertel den Beruf verlässt. Die Folge davon ist, dass die Betreuungsleistungen unzureichend sind“, erklärte FPÖ-Abgeordneter Christian Ragger zu den Folgen der „Corona-Maßnahmen“ im Pflegebereich.

„Die schwarz-grünen Covid-Maßnahmen haben zu Freiheitsberaubung geführt und auch die soziale und finanzielle Notlage vieler Menschen verschärft. Die Volksanwälte verzeichnen mit

23.633 Beschwerden einen Anstieg von 32 Prozent im Vergleich zu 2020. Vieles davon rührt von der schlechten Kommunikation der Maßnahmen, Gesetzesänderungen und Verordnungen quasi über Nacht sowie den von der Bevölkerung als ungerechtfertigt oder unverhältnismäßig wahrgenommenen Mitteln her“, betonte Ragger.

Hier müsse dringend aufgeräumt werden, damit die Opfer jene Entschädigung erhalten, die ihnen zustehe. Und es müsse auch dafür Sorge getragen werden, dass sich diese Fälle niemals mehr wiederholen, verlangte Ragger eindringlich.

Alle sind Schuld, nur nicht der Innenminister

ÖVP-Innenminister Karner macht die Ukraine-Krise für den Asylwerberzustrom verantwortlich

Die massiv gestiegene Zahl von Aufgriffen illegaler Einwanderer an Österreichs Grenzen sei eine Folge der Ukraine-Krise, lautete der Erklärversuch des ÖVP-Innenministers. Für die FPÖ liegt die Ursache bei Schwarz-Grün, für die „Grenzschutz“ ein Fremdwort ist.

Viel Mühe hat sich ÖVP-Innenminister Gerhard Karner gemacht, um im „Schleppereibericht 2021“ das „Schlepper-Marketing“ in Ländern wie Tunesien, Türkei und Indien für die außer Kontrolle geratene Situation in Österreich verantwortlich zu machen.

Und natürlich würden die heutigen Zahlen durch die viel niedrigeren in den „Corona-Jahren“ verzerrt, versuchte Karner ein dennoch „funktionierendes und glaubwürdiges Asylsystem“ darzustellen.

„Das ist genauso wenig glaubwürdig wie sein Versuch, die aktuelle Migrationskrise mit wöchentlich bereits tausenden illegalen Grenzübertritten aus aller Herren Länder auf ein Phänomen im Windschatten des Krieges in der

Ukraine zu reduzieren und zu erklären“, reagierte FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer auf die Ausführungen Karners.

FPÖ-Warnungen ignoriert

Die Freiheitlichen haben angesichts der versuchten Masseneinschleusung Illegaler aus Weißrussland nach Polen zu Jahresbeginn davor gewarnt, dass die Schlepperbanden die Situation in der Ukraine für ihre Geschäfte ausnutzen werden. „Das wurde alles vom Tisch gewischt und negiert. Dieser verheerende Trend bei den Asyl- und Migrationszahlen zeichnet sich schon viel länger ab. Verantwortlich dafür sind ÖVP und Grüne – insbesondere die schlagzeilenorientierte Asyl-PR und die



Foto: FPÖ Burgenland

Täglich werden im Burgenland rund 200 Illegale aufgegriffen.

substanzielle Migrationspolitik der ÖVP“, betonte der FPÖ-Sicherheitssprecher.

Österreich brauche endlich einen völligen Paradigmenwechsel in der gescheiterten Asyl- und Migrationspolitik. „Wir müssen wie die

baltischen Staaten in Richtung der Legalisierung von sogenannten ‚Pushbacks‘ gehen. Das Asylrecht für Fremde, die über mehrere sichere Drittstaaten nach Österreich kommen, muss ausgesetzt werden“, forderte Amesbauer.

Parteiengesetz: Für die ÖVP zurechtgeschneidert

Mit ihrem Parteiengesetz öffnen die Koalitionsparteien der ÖVP die Finanzierung über „Spiegelvereine“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

So habe die ÖVP an die 900 „Spiegelvereine“ gegründet, die offiziell nichts mit der Partei zu tun haben, aber ident seien mit Vorfeldorganisationen der Partei. Wie das funktionierte, habe man beim Seniorenbund gesehen, der einerseits als „Verein“ Coronahilfsgelder kassiert habe, aber andererseits als Vorfeldorganisation der ÖVP geführt werde.

„Mit diesem Gesetz legitimiert die ÖVP das Finanzierungsnetzwerk, das sie organisiert hat“, kritisierte Schnedlitz. Es heble damit das 2019 von FPÖ und SPÖ geschaffene Parteiengesetz aus, das genau diese Querfinanzierung verunmöglicht habe, genauso wie die Regelung für die Spendenobergrenze. Denn es wird nach dem schwarz-grünen Gesetz keine transparente Einschaumöglichkeit zur Kontrolle dieser Vereine geben.



Foto: NZZ

Schnedlitz: Gesetz für die ÖVP.

„Der Skandal um den Österreichischen Seniorenbund ist nur die Spitze des Eisbergs. Dieser wächst sich dank der grünen Steigbügelhalter jetzt ins Unermessliche aus. So können künftig nicht nur etwa vom Seniorenbund wieder völlig legal unbegrenzt Mittel – die man sich vorher auch über öffentliche Fördergelder beschafft hat – in die ÖVP fließen, sondern auch uneingeschränkt von den bereits vorbereiteten hunderten aufgezeigten Vereinen“, kritisierte Schnedlitz den Umfaller der Grünen und warnte: „Bei der nächsten Nationalratswahl kann der Anstand sicher nicht mehr Grün wählen.“

ENTLASTUNG FÜR ÖSTERREICH – JETZT!

Kostenlawine stoppen

Die **Kostenlawine** ist die direkte Folge der völlig untauglichen Corona-Politik der Bundesregierung und eine konkrete Auswirkung des Klimawahns, dem sich ÖVP und Grüne verschrieben haben.

Denn dadurch wurde im Rahmen der **öko-ASOZIALEN Steuerreform** eine massive **Erhöhung der Preise für Benzin und Diesel** ermöglicht. Was wir hier aktuell **brauchen**, sind **Steuersenkungen** und **Preisobergrenzen** – ebenso **bei den Energiekosten** für Strom und Gas, die schon zuletzt viel teurer geworden sind und demnächst wegen der Entwicklungen in der Ukraine völlig durch die Decke gehen könnten.

All das macht sich in einer **Inflationsrate von fast 6 Prozent im Februar 2022** bemerkbar. Eine Geldentwertung in diesem Ausmaß haben wir in Österreich **seit fast 40 Jahren nicht mehr gesehen**. Wir fordern daher ein **sofortiges und umfassendes Entlastungspaket** für die Österreicher und werden den **Protest gegen diese schwarz-grüne Politik der Belastung** solange fortsetzen, bis diese Regierung Geschichte ist!

So stoppen wir die Kostenlawine!

- >> **Halbierung der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer** auf Benzin und Diesel
- >> **Streichung** der CO₂-Abgabe
- >> **Erhöhung** von Kilometergeld und Pendlerpauschale
- >> **Halbierung** der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom
- >> **Heizkostenzuschuss** von 300 Euro pro Haushalt und Jahr
- >> **Halbierung** der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel
- >> **Signifikante Lohnerhöhungen** für Arbeitnehmer
- >> **Deutliche Senkung** der Lohnnebenkosten
- >> **Inflationsanpassung** von Pensionen und Arbeitslosengeld
- >> **Ende** der extrem teuren Corona-Politik
- >> **Evaluierung** der Russland-Sanktionen
- >> **Widerstand** gegen die EU-Schuldenunion

Wenn Sie sich unseren **Forderungen anschließen**, ersuche ich Sie, die **Petition** auf unserer Webseite zu **unterstützen**.

Herbert Kickl | FPÖ-Obmann

JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:
STOPP.KOSTENLAWINE.AT





Harald Vilimsky

Schluss mit Kindergeld ins Ausland!

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Indexierung von Familienleistungen für unzulässig erklärt. Österreich hat Leistungen wie die Familienbeihilfe an die Kaufkraft des jeweiligen Landes angepasst ausbezahlt.

Damit seien Arbeitnehmer aus anderen Staaten benachteiligt worden, wenn sie in Österreich arbeiten. Jemand, der Steuern und Sozialabgaben bezahlt, müsse die gleichen Rechte haben wie die in Österreich wohnhaften Arbeitnehmer. Beide Argumente sind falsch. Fakt ist, dass die

Familienbeihilfe keine Erwerbstätigkeit verlangt. Sie wird daher auch an Personen bezahlt, die weder Steuern, noch Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Somit werden Arbeitnehmer nicht benachteiligt.

Außerdem regelt die sogenannte EU-Verordnung 883/2004 – Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – wie der Name schon sagt Sozialversicherungsleistungen. Familienleistungen sind das aber nicht. Das EU-Recht ist sogar diskriminierend, da es auf der einen Seite Eltern gibt, die eine Leistung erhalten, auch wenn sie nicht arbeiten, während andere Eltern die gleiche Leistung erst aufgrund einer Erwerbstätigkeit erhalten. Würde der EuGH mit diese Frage aufgreifen, kann er nur zu solch einem Urteil kommen. Die Nationalstaaten sollen daher selbst entscheiden, ob sie Kindergeld ins Ausland bezahlen wollen – oder nicht. Die EU soll sich da zurücknehmen.

Historisches Ergebnis für Le Pen bei Parlamentswahl

Der zweite Wahldurchgang zur französischen Parlamentswahl konnte der „Rassemblement National“ (RN) unter Marine Le Pen einen deutlichen Wahlsieg verzeichnen. Der RN hat 89 der 577 Parlamentssitze erobert – das beste Ergebnis in der Geschichte und ist damit drittstärkste Kraft im neugewählten Parlament.

„Ensemble!“, die Partei von Frankreichs Präsident Macron, stürzte von 350 auf 245 Mandate ab und verlor die absolute Mehrheit im Parlament. Zweitstärkste Fraktion ist das neue Linksbündnis „NUPES“ des Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon.

Für Vilimsky signalisiert das Wahlergebnis eine Zäsur in der französischen Innen- wie Europapolitik: „Die eurozentristische Eliten-Politik von Präsident Macron ist gescheitert. Für ihn heißt es jetzt: Rien ne va plus – nichts geht mehr.“

Ein Bündnis mit „NUPES“ dürfte für Macron nicht in Frage kommen,

steht doch dieses mit seinen Forderungen wie der Absenkung des Pensionsalters von 62 auf 60 Jahre, dem Einfrieren der Preise oder seiner unternehmerfeindlichen Politik völlig konträr zu Macrons Wahlversprechen.

Zudem ist das Linksbündnis Mélenchons zu wenig gefestigt und könnte jederzeit platzen, wie es gerade in Israel passiert ist. Dort ist eine aus politischer Not geborene Koalition aus Linksparteien gerade krachend gescheitert.



Gratulation zu 89 Mandaten.

Zinserhöhung: Die Wahl zwischen Pe...

Bei einer echten Inflationsbekämpfung droht über...



Nach elf Jahren der Nullzinspolitik, des eifrigen Geldddruckens und des Sta... Europäischen Zentralbank auf 8.810 Milliarden Euro aufgebläht, denen kei...

Die Europäische Notenbank hat den Zinssatz auf null Prozent „erhöht“. Zu wenig zur Bekämpfung der galoppierenden Inflation. Aber viel mehr kann sie sich nicht leisten. Denn mit der Nullzinspolitik hat sie Verschuldung der Euro-Südländer derart gefördert, dass diese – und damit der Euro – eine echte Zinserhöhung nicht überleben würden.

In der Europäischen Zentralbank ist scheinbar Panik ausgebrochen: Gerade eine Woche hielt ihr Inflationsbekämpfungsbeschluss. In einer Paniksitzung am Mittwoch vergangener Woche folgte die Abkehr vom Fortschritt: Wieder mehr Schwung für die Inflation, heißt die neue alte Devise.

Zunächst „erhöhte“ die EZB erstmals nach elf Jahren den Zinssatz auf null Prozent. Am Mittwoch darauf verkündete die EZB, nicht mehr wahllos Staatsanleihen aufkaufen zu wollen, sondern „bevorzugt“ jene der hochverschuldeten Südländer, also die Griechenlands, Italiens und Spaniens.

Der geförderte Kaufkraftverlust

Nur hat sich infolge des fleißigen Geldddruckens die Bilanz der EZB auf gigantische 8,81 Billionen Euro aufgebläht, was rund 84 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) der Eurozone entspricht. Die Bilanzsumme der Schweizer Nationalbank hat sich seit 2019 gerade einmal um moderate 20 Prozent vergrößert.

In der Eurozone sind also gigantische Geldmengen aus dem Nichts geschaffen worden, die den Zuwachs der Güter und Dienstleistungen bei weitem übertreffen. Es wurde eine Vermögenspreisblase geschaffen, die Werte von Aktien, Kunstwerke oder Immobilien sind weiter angeschwollen. Dies spiegelt aber lediglich den Kauf-



Für die Pläne von Kommissionspräsidentin Lagarde ungerührt alle Gesetzesvorga...

EZB hat die Pest und Cholera

die Pleite der Schuldenländer das Ende des Euro



atsanleihenkaufs für die Schuldenstaaten hat sich die Bilanzsumme der ne reale Wertschöpfung gegenübersteht.

kraftverlust des Euro wider. Seit Einführung des Euro 2001 hat die EU-Währung laut dem deutschen Statistischen Bundesamt mehr als 35 Prozent an Kaufkraft verloren. Nimmt man aber den Goldpreis her, sind es gar mehr als 90 Prozent Kaufkraftverlust.

Das Erbe der Nullzinspolitik

Wie immer hat die EZB zu spät und zu zaghaft reagiert. Die Fed, die Zentralbank der USA, beschloss eine Erhöhung um 0,75 Prozentpunkte auf die neue Spanne von 1,5 bis 1,75 Prozent. Aber

die EZB kann die Zinsen gar nicht markant erhöhen, da sonst die Südstaaten Europas der Reihe nach umkippen würden. Griechenland, dessen Schuldenlast das Doppelte seiner Wirtschaftsleistung ausmacht, könnte diese Schuldenlast mit höheren Zinsen nicht finanzieren. Detto Italien, das bereits zu 150 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verschuldet ist.

Und die beiden zahlen derzeit schon einen höheren Zinssatz zwischen 4,0 und 4,6 Prozent für zehnjährige Staatsanleihen, während der Österreichs derzeit bei rund 1,5 Prozent liegt.

Mit einer Zinserhöhung würden auch bestehende Staatspapiere entsprechend entwertet: Aber das würde die Käufer der Staatsanleihen, die Banken der betroffenen Länder, in Schwierigkeiten bringen. Der „Wert“ ihrer Staatsanleihen sinkt, das bedeutet rote Zahlen in den Bilanzen und sinkende Aktienkurse. Damit stünde eine erneute Bankenrettung zu Lasten von Wirtschaft und Verbrauchern ins Haus.

Die EZB steckt also in der Zwickmühle zwischen der Bekämpfung der Inflation sowie der Rettung der Südländer und damit der des Euro. Alles zusammen geht nicht. Es bahnt sich schon die nächste große Krise an.



entin von der Leyen warf EZB-Chefin ben für die Notenbank über Bord.

KURZ UND BÜNDIG



Blinder Aktionismus

Die Empfehlung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Ukraine zum Beitrittskandidaten für die Europäische Union zu erklären, sei an Absurdität kaum zu überbieten, kritisierte FPÖ-Europasprecherin Petra Steger: „Das ist blinder Aktionismus. Die Ukraine erfüllt in keiner Weise die Aufnahmekriterien und befindet sich in einem nach wie vor andauernden Krieg mit Russland, der das gesamte Staatsgebilde sowie dessen Infrastruktur gefährdet.“ Dazu komme die schwache Wirtschaft, die grassierende Korruption und die mangelhafte Rechtsstaatlichkeit. Die Ukraine sei vom Beitrittskandidatenstatus meilenweit entfernt.

Merkels Verfassungsbruch

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Forderung nach einer Wiederholung der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen 2020 Verfassungsrecht gebrochen hat. Merkel hätte die Wahl des FPD-Landeschefs (mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD) nicht „rückgängig“ machen dürfen. Das geschah am 5. Februar 2020, das Urteil erfolgte zwei Jahre später, weil ein Eilantrag der AfD ad acta gelegt wurde. Erst im Juli 2021 wurde verhandelt – wenige Tage nach einem „Orientierungsgespräch“ der Verfassungsrichter bei Angela Merkel.



Der teure Weg, das Ölembargo zu umgehen

Mit dem sechsten Sanktionspaket gegen Russland von Anfang Juni hat die EU den russischen Öllieferungen auf dem Seeweg eine Absage erteilt. Das heißt aber keineswegs, dass russisches Öl oder Ölprodukte per Tankschiffen nicht nach Europa kommen.

Denn Indien springt in die Bresche. Das Land hat seit dem Kriegsausbruch nach Reuters-Angaben rund 62,5 Millionen Barrel russisches Öl gekauft – dreimal so viel wie im gleichen Zeitraum im Jahre 2021. Private indische Öllieferanten beliefern einer weiteren Recherche des „Wall Street Journal“ den Weltmarkt mit Benzin und Diesel, gewonnen aus russischem Rohöl.

Insgesamt sind die indischen Kraftstoffexporte in den vergangenen fünf Monaten um mehr als 15 Prozent gestiegen. Die täglichen Lieferungen in die Europäische Union sollen sich im Quartalsvergleich um ein Drittel erhöht haben – und jene in die USA um 43 Prozent.

Indien entwickelt sich damit zum Raffineriezentrum für Europa, und Europa heizt damit die Inflation für die eigenen Bürger an, weil Importe mit Tankschiffen viel teurer sind als jene per Pipeline, wie sie derzeit Ungarn noch nutzen darf und billigen Treibstoff anbieten kann.

Aktuell soll Indien nach Angaben des Analyseunternehmens Kpler täglich rund 600.000 Barrel aus Russland importieren gegenüber nur 90.000 Barrel im Vorjahr – mit steigender Tendenz.

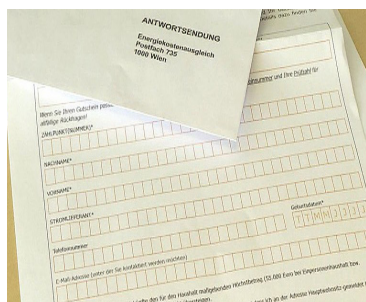


Indien macht gute Geschäfte.

Sanktionen und Gasbedarf

Mehrere europäische Länder, darunter auch Österreich, erhalten aus Russland weniger Gas, als vereinbart wurde und benötigt wird. Mit der Lieferung von Waffen und militärischem Know-how an die Ukraine sowie mit dem Versuch, Russland wirtschaftlich zu isolieren, wurde man aktiver Teilnehmer am Krieg. Zu denken, dass dies keine Auswirkungen auf unser tägliches Leben haben wird, ist naiv. Ich hoffe nur, dass unsere Regierung die Folgen ihres Handelns seriös beurteilt hat, bevor sie sich an diversen Aktivitäten beteiligt hat.

Mario Gubesch, Bad Hall



Datenschnüffelei

Das Schreiben bzw. Formular der Bundesregierung hinsichtlich Energiegutschein vermittelt den Eindruck, als ob ein begehrenswertes Anliegen besteht, unbedingt wissen zu wollen, welche „Zählpunktnummer“, sprich eindeutige Identifikationsnummer, jener Verteiler hat, über den ein Haushalt mit Strom versorgt wird. Man kann nur hoffen, dass sich die Bürger auch die Datenschutzerklärung durchgelesen und auch sinnerfassend verstanden haben: Hier findet nicht nur ein Datenabgleich mit ihrem Stromlieferanten statt, sondern diese türkis-schwarz-grüne Bundesregierung speichert diese Daten und gibt sie auch an Dritte weiter. Davon abgesehen ist der „Beipackzettel“, unter welchen Voraussetzungen sie diesen einlösen können, ein Witz auf zwei Seiten. Es ist egal, welches Einkommen man 2019, 2020 oder 2021 hatte, denn es geht um das 2022! Allein hier sollte bei jedem Bürger schon die Alarmglocke läuten! Daher werde ich diesen Energiegutschein als steuerzahlender Österreicher nicht einlösen, da ich diese Gesinnungsschnüffelei und Blockwart-Mentalität, die hier von den momentanen „FührerInnen“ an den Tag gelegt wird, die ich nicht gewählt habe,

LESER AM WORT



strikt ablehne. Die Zählpunktnummer geht nur mich und meinen geschäftlichen Partner, also den Stromlieferanten etwas an. Aber nicht diese Bundesregierung!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Alles wollen, nichts können

Nun ist es Herrn Sobotka gelungen, die einseitige Kriegspropaganda der Ukraine ins österreichische Parlament zu bringen. Wenn, dann soll sich die Ukraine an die USA wenden, denn sie hat den Krieg gegen Russland eingefädelt, weil sie ihren Machtbereich bis an die russische Grenze ausdehnen will. Wir haben uns aus dem Stellvertreterkrieg völlig herauszuhalten und in der EU ein VETO gegen die Waffenlieferungen und gegen die Kriegshetze einzubringen. Der angedachte EU-Beitritt der Ukraine wäre der Todesstoß für diesen Verein. Die EU hat bisher noch kein einziges Problem lösen können, sondern vergrößert noch jedes Problem: Masseneinwanderung, Corona-Maßnahmen, Finanzkrise, ausufernde Kriminalität, Islamisierung, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Gender-Wahnsinn, Rassismus-Hetze, Globalisierung, Überwachungsstaat, Transitverkehr usw. Es gibt kein einziges der vielen Versprechen, mit denen wir in die EU gelockt wurden, das gehalten wurde.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Scherz-Drohung?

Spaß beiseite: Wenn fortschrittliche Umweltaktivistinnen die Sprengung von Gas-Pipelines als vermeintlichen Scherz abtun wollen, darf das als peinlicher Ausraster auch im Kabinett der Korrektheit nicht durchgehen. Scheinbar gibt es für manche keine rote Linie mehr. Haben diese durch den CO₂-Überschuss in ihrem Krokodilsgehirn den Grenzwert zum Denkvermögen überschritten?

Alois Neudorfer, Vöcklabruck



Bitte etwas Vernünftiges!

Man kann dieses 26-Milliarden-Hilfspaket der Koalition nicht als großen Wurf anerkennen. Wie die Opposition richtig erkannt hat, ist das nur Geld, das man uns vorher abgenommen hat. Die Einmalzahlungen sind auch gleich verpufft, da viele schon seit Monaten am Limit leben. Dauerhafte Preisensenkungen wie die Mehrwertsteuersenkung bei Grundnahrungsmitteln wäre angebracht. Die

Ausrede, die Reichen würden dabei mitnaschen, kann ich nicht akzeptieren, da diese Krise sowie bei Corona keinen Unterschied macht. Meine Damen und Herren der Regierung, lassen Sie sich etwas einfallen, was den Menschen dauerhaft hilft, sodass der Staat nicht immer „unterstützend“ eingreifen muss. Jetzt muss es heißen, Österreich zuerst! Wenn die Teuerung gestoppt wurde, kann man wieder anderen helfen. Ich erwarte mir von dieser Regierung Verbesserungen und keine großen Sprüche, die nichts als Ärger bringen. Neuwahlen wären im Übrigen das vernünftigste.

Frank Christian, Arolzmünster

Sanktionsgewinner Indien

Einem Bericht des „Wall Street Journal“ zufolge kauft Indien billiges, mit Sanktionen belegtes russisches Erdöl, raffiniert und verkauft dieses dann mit großem Gewinn an die USA und an Mitgliedsländer der Europäischen Union. Wie man sieht, gibt es immer Mittel und Wege, ein Embargo gegen russisches Erdöl zu umgehen. Das Dumme daran ist, dass wir Österreicher aufgrund der abgehobenen und arroganten EU-Politiker für eine total verfehlte Sanktionspolitik an der Tankstelle für die Treibstoffe die Zeche zu bezahlen haben.

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



FPÖ will 600 Euro „echte Entlastung“ für Wiener

SPÖ-Bürgermeister Ludwigs „Energiebonus“ ist ein schlechter Witz

Auf ihrer Klubklausur haben die Freiheitlichen das Entlastungspaket der Stadt Wien als zu gering bewertet und eine eigene Maßnahme präsentiert: 600 Euro für jeden Wiener, finanziert aus den Gewinnen der Wien Energie und Wiener Stadtwerke.

Keine Almosen wie den von SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig präsentierten „Energiebonus 2022“, 200 Euro für 65 Prozent der Wiener Haushalte, sondern eine echte Hilfe gegen die Teuerungswelle forderten und präsentierten die Wiener Freiheitlichen: 600 Euro für jeden Wiener.

Eine Analyse durch Finanzexperten hat ergeben, dass sich der Gewinn der Wien Energie von 510 Millionen Euro im Jahr 2020 auf 912 Millionen Euro im Jahr 2021 fast verdoppelt hat. Der Mutterkonzern der Wien Energie, die Wiener



Nepp und Krauss fordern eine „echte Entlastung“ für die Wiener.

Stadtwerke, haben in diesem Jahr einen Gewinn von 250 Millionen Euro gemacht.

„Gewinne“ abschöpfen

„Mit der Verdoppelung des Fernwärmepreises steigt der Gewinn des roten Stadtkonzerns auf mehr als eine Milliarde Euro. Wir verlangen daher einen sofortigen Beschluss, dass diese Gewinne in

einem Sondertopf im Budget abgeschöpft und den Wienern ausbezahlt werden“, erklärte FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp.

Weiters verlangten die Freiheitlichen eine sofortige Senkung der Gebühren samt fünfjährigen Erhöhungsstopp bei Müll, Abwasser, Kanal, Parken, Bädern, etc. sowie die Rücknahme der Mieterhöhung im Gemeindebau.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Ich hab seit Mariä Verkündigung noch keine einzige Schwalbe gesehen. Das mag an meiner Aufmerksamkeit oder an meinem Wohnort liegen. Aber auch das Kreischen der Mauersegler geht mir ab.

Sommerbeginn

Mein Freund Bruno hat in Kagran einen Garten und hat mir freudig mitgeteilt, dass er abends das Fenster offenlassen kann, ohne dass auch nur eine Gelse ins beleuchtete Zimmer fliegt. Und nach seinen oft weiten Autofahrten picken keine Insekten auf der Windschutzscheibe. Früher hat er über das übersäte Glas geflucht.

Man kann die Regierung nicht fürs Wetter verantwortlich machen. Aber sehr wohl dafür, dass entgegen allen Beteuerungen, wo man hinschaut, Grünland verbaut wird. Daran sind Bürgermeister schuld, und die Gesetzgebung ebenfalls.

Ich weiß, da gibt's die UVP, die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die dürfte aber sehr reparaturbedürftig sein. Frau Gewessler, wie wär's mit einer effektiven UVP? Oder sind Ihnen die Pflanzen und die Viecher wurscht? Haben die Betonwerke Vorrang?

Beim Bruno werden sogar die Spatzen am Futterhaus weniger. Und die Politiker beteuern, dass ihnen die Vögel so am Herzen liegen.

Hauptsorge von Schwarz-Grün dürfte der Erhalt der Brathendl sein.

Vertrauensvorschuss für Patientenanwalt

Als „skandalös“ bezeichnet der Gesundheitssprecher der Wiener FPÖ, Wolfgang Seidl, den Umstand, dass sich die rot-pinke Stadtregierung bei der Besetzung der Leitung der Wiener Patienten-anwaltschaft maßlos Zeit gelassen habe. Dessen neue Funktionsperiode beginne nämlich schon Anfang Juli 2022.

Erst am vergangenen Dienstag konnte SPÖ-Gesundheitsstadtrat Peter Hacker den Nachfolger für die umstrittene Ex-Grünen-Politikerin Sigrid Pilz präsentieren.

Der ehemalige Präsident des Oberlandesgerichts Wien, Gerhard Jelinek, soll der neue Wiener Patientenanwalt werden.

Dem Juristen Jelinek stehe er grundsätzlich positiv gegenüber, betonte der FPÖ-Gesundheitssprecher: „Im Unterschied zu seiner Vorgängerin ist Dr. Jelinek fachlich qualifiziert für diese Position. Seine Vorstellung im Gesundheitsausschuss war vielversprechend.“

Von Seiten der Wiener Freiheitlichen sprach ihm Seidl einen Vertrauensvorschuss aus. Es sei zu hoffen, dass der neue Patientenanwalt allein die Interessen der Patientinnen und Patienten im Auge habe und auch die roten Missstände im Wiener Gesundheitssystem deutlich ansprechen werde. „Die FPÖ wird seine Amtsführung jedenfalls genau beobachten“, betonte Seidl.



Seidl: Vertrauensvorschuss für neuen Patientenanwalt.

VORARLBERG **Entlastung überfällig**

FPÖ-Landesobmann Christof Bitschi forderte die schwarz-grüne Landesregierung erneut auf, endlich notwendige Maßnahmen zu setzen, um die Teuerungswelle zu stoppen und die Vorarlberger zu entlasten: „Nachdem Schwarz-Grün unsere Landsleute jetzt monatelang eiskalt im Stich gelassen hat, muss die Landesregierung endlich die überfälligen Schritte gegen die Teuerungswelle setzen!“ Denn die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung seien jedenfalls nicht geeignet, um diese rasche Entlastung sicherzustellen.

OBERÖSTERREICH **Unfähig wie die Koalition**

Einen Tag vor dem Anti-Teuerungspaket der Bundesregierung präsentierte die SPÖ Oberösterreich eine Anti-Teuerungs-Petition. Aus Sicht von FPÖ-Landesparteisekretär Michael Gruber viel zu spät: „Man muss sich derzeit wirklich fragen, wer seine Unfähigkeit besser zur Schau stellt: Die Bundesregierung oder die SPÖ auf Landes- und Bundesebene?“



Foto: FPÖ Oberösterreich

STEIERMARK **Nächster Zusperrplan?**

Vor genau fünf Jahren präsentierte die schwarz-rote Landesregierung ihren „Steirischen Gesundheitsplan 2035“, der die Streichung von hundert Krankenhausbetten sowie die Schließung für mehrere Spitalstandorte bedeutete. Nun wurde bekannt, dass Rot-Schwarz bereits an einer Neuauflage ihrer Zentralisierungs- und Kahlschlag-Politik arbeite, wozu die Freiheitlichen die zuständige ÖVP-Landesrätin Juliane Bogner-Strauß befragten. Die Gesundheitsreferentin hielt sich im Rahmen der Beantwortung bedeckt und konnte weitere Spitalschließungen bis 2030 jedoch nicht dezidiert ausschließen. „Es ist zu befürchten, dass die Ausdünnungspolitik im steirischen Spitalwesen – siehe ‚Leitspital Liezen‘ – munter fortgesetzt wird“, befürchtet FPÖ-Gesundheitssprecher Marco Triller.

Schluss mit Reichen-Förderung bei der E-Mobilität!

FPÖ fordert Ende der maßlosen Subventionierung von Elektroautos

Angesichts steigender Strompreise ist es unsinnig, mit der Subventionierung von E-Autos den Stromverbrauch noch weiter mutwillig anzuheizen.

„Die Strompreise steigen immer weiter an, weil es zuwenig Strom gibt. Daher ist es der völlig falsche Weg, mit der Subventionierung von E-Autos den Stromverbrauch noch weiter mutwillig anzuheizen“, erklärte Niederösterreichs FPÖ-Wirtschaftssprecher Reinhard Teufel. Er forderte daher, dass die Initiative des Deutschen Finanzministers Lindner nach einem schnellen Ende der maßlosen Subventionierung von Elektroautos auch in Österreich umgesetzt werden solle.

Falsche Umverteilung

Die E-Autos seien wegen ihres enormen Preises zu Statussymbolen bei heimischen Spitzenverdienern geworden, die von den Grü-

NIEDERÖSTERREICH 

Fotos: NZ/FPÖ Niederösterreich



Reinhard Teufel: E-Auto-Förderung hilft nur den Spitzenverdienern.

nen auch noch gefördert werden, kritisierte Teufel: „Der arbeitende Mittelstand kann sich derart teure Luxusautos gar nicht leisten.“

Angesichts des Mehrverbrauchs an Strom, den die E-Autos verursachen, sollte über ein partiel-

les Fahrverbot dieser künstlichen Stromfresser im Winter nachgedacht werden, schlug Teufel vor. Denn die Energie werde dann vorrangig zum Heizen und für Warmwasser gebraucht – und nicht für die Luxusgefährte einiger weniger.

KÄRNTEN

Keinen Gerichts-Kahlschlag!

Ein Gesetzesentwurf der schwarz-grünen Regierung sieht die Schließung der Bezirksgerichte Bleiburg, Eisenkappel und Ferlach vor. Dafür sollen die Bezirksgerichte in Völkermarkt und Villach sowie das Landesgericht Klagenfurt als „zweisprachige Kompetenzzentren“ geführt werden.



Foto: FPÖ Kärnten

Angerer: Land muss gegen Schließungspläne auftreten!

„Dieses kompromisslose ‚Drüberfahren‘ von ÖVP und Grünen werden wir uns aber nicht gefallen lassen“, erklärten Kärntens Landesparteiobmann Erwin Angerer und der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Christian Ragger.

Die Zweisprachigkeit (slowenisch-deutsch) bedeute eine bevorzugte Einstellung von slowenischsprachigen Personal, während einsprachige Kärntner einer massiven Benachteiligung ausgesetzt werden. „Durch diese dreiste Anmaßung hebt die grüne Justizministerin klar die Regelungen des Staatsvertrages aus“, kritisierten die beiden Kärntner FPÖ-Abgeordneten.

Um Klarheit zu schaffen, fordert die FPÖ jetzt SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser auf, den Stand der Verhandlungen offenzulegen und eine klare Position des Landes Kärnten dahingehend zu beziehen, dass der vorliegende Gesetzesentwurf zur Gänze abgelehnt werde.

BURGENLAND 

Foto: FPÖ Burgenland

Alleingelassen im Asylantenansturm

Tagtäglich werden hunderte Flüchtlinge an der burgenländisch-ungarischen Grenze aufgegriffen. Doch Landes- und Bundesregierung versuchen, die seit Jahren anhaltende und von SPÖ und ÖVP verschuldete Flüchtlingskrise wegzuschweigen. „Die Exekutive ist schon lange überfordert und wird von der Politik im Stich gelassen“, kritisierte der stellvertretende burgenländische FPÖ-Landesparteiobmann Thomas Karacsony, der selbst regelmäßiger Augenzeuge in seinem Heimatort Rechnitz ist. Alleine im April gab es gegenüber dem Vorjahr eine Verdreifachung der Asylanträge.

SALZBURG 

Anpacken, statt jammern: Straßwalchens Ortspartei-
chef Josef Pinter verteilte Grillhendln an Kunden des
örtlichen Sozialmarkts.

Das „Entlastungspaket“ greift zu kurz und zu spät

Freiheitliche spendieren kostenlose Hendln vor Flachgauer Sozialmarkt

Anpacken, statt jammern! Straßwalchens FPÖ-Chef Josef Pinter ging mit gutem Beispiel voran und unterstützte Sozialmarkt-Kunden.

„Das angekündigte Entlastungspaket greift zu kurz“, kommentierte Landesparteiobfrau Marlene Svazek den Ankündigungs-Schmäh der Bundesregierung: „Wir hätten uns von der Regierung Soforthilfe erwartet und keine Verströtungen. Mehr Taten statt Worte.“

Svazek führt aus, dass die Österreicher anhand der Inflation ihren Ausgleich bereits selbst teuer be-

zahlt hätten und echte Entlastungen wie ein Treibstoffdeckel gänzlich fehlen: „Einmalzahlungen klingen auf dem Papier zunächst attraktiv, werden jedoch dahinschmelzen wie das Eis in der Sonne.“

Anpacken, statt jammern

Daher hat sich der freiheitliche Ortsparteiobmann von Straßwalchen, Josef Pinter, dazu entschlossen, Soforthilfe zu leisten: „Die paar Euro Almosen von der Regierung sind nach zwei Einkäufen wieder weg. Echte Hilfe ist das nicht, sondern lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

Frei nach dem Motto „Anpacken, statt jammern“ hat Pinter daher vor dem Sozialmarkt in Straßwalchen eine großartige Aktion gestartet und verteilte an die Kunden Gratis-Grillhendln. „Die Hendln selbst wurden gespendet und der Griller kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch wenn dies nur eine bescheidene Unterstützung ist, haben sich alle riesig über den Festschmaus gefreut“, erklärte Pinter. Diese Aktion zeige, dass wir alle helfen können, betonte Svazek: „Wenn man von der Regierung im Stich gelassen wird, zählt persönlicher Einsatz für das Gemeinwohl doppelt.“

Schamlosigkeit der ÖVP

Dass 853.000 Euro Corona-Hilfsgeld an die Vereine der Jungbauern/Landjugend in Tirol geflossen sind, ist für den Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger nur ein weiteres Puzzle-Teil im katastrophalen Sittenbild, das die Tiroler ÖVP im Umgang mit Steuerzahlergeld darstelle: „Eine ungeheure Schamlosigkeit ist die einzig zulässige Bezeichnung dafür. Während die breite Masse der Bevölkerung tagtäglich ums finanzielle Überleben kämpfen muss und die Spareinlagen fast nichts mehr wert

sind, bedient sich die ÖVP wie der sprichwörtliche absolutistische Furchen-Adel!“

Für den Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann muss das „System Platter“ nun gänzlich aufgeklärt werden: „ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter muss dafür die Verantwortung übernehmen, da es sich um Vorfeldorganisationen der ÖVP handelt. Wenn Platter und die Tiroler ÖVP-Granden auch nur einen Funken Anstand haben, dann müssen sie diese Gelder noch kommende Woche zurückzahlen!“

TIROL 

Abwerzger: Platters ÖVP muss
das Hilfsgeld zurückzahlen!

LÄNDER-
SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Wir kommen gestärkt aus der Krise. Und da können wir uns auch ganz sicher sein! Warum? Naja, der Landeshauptmann hat das doch in der letzten Landtagssitzung euphorisch berichtet. Gut, aber diese ständigen Horrorberichte in der Zeitung? Ja, die sind wahrscheinlich bloß „Fake News“...

Krisenstark

So berichtet die Armutskonferenz, dass die Arbeitslose jedenfalls erhöht, Familienzuschläge endlich angepasst und die Wohnbeihilfe seit Jahren bereits in ganz neue Sphären befördert gehören. Alles andere sei – in Relation betrachtet – ein ständiges Hungern für die Krise.

In einer Tageszeitung breitet eine mehrfache Mutter just auf die Maßnahmenankündigung der Regierung gegen die Teuerungen den Realitäts-Check aus: Defacto handelt es sich bei dem versprochenen Geld lediglich um ganze zwei Einkäufe, im Monat.

Gerade für Großfamilien am Land, das berichtet die Kronen Zeitung Anfang des Monats, stellt die aktuelle Situation eine besondere Herausforderung dar. Es heißt, dass Rekord-Spritpreise, Lebensmittelpreisanstieg und die Sache mit dem Heizen vor allem im Salzburger Innergebirg verzweifelte Gesichter zurücklässt.

Das Land ist offensichtlich nicht verloren. Nur stärker geworden. Wir dürfen uns nicht von den Horrormeldungen aus dem Tourismus, der wohl wichtigsten Säule wirtschaftlichen Erfolges, den Wind aus den Segeln nehmen lassen. Wenn den Tourismus-Orten jetzt nämlich das Geld ausgeht, ist das vielleicht eine Sache von Krisenstärke. Oder – frei nach Landeshauptmann Haslauer – nur unser Anspruch an Glück.

GEZWITSCHER

**Walter Fleißner**

@Fleiwalter



Die Grünen-Klubobfrau Maurer findet jetzt, dass die Fragen der FPÖ-Dringlichen falsch waren. Hätte die FPÖ was anderes gefragt, hätte sie auch Antworten bekommen. Und: „Die Regierung ist stabil.“

15. Juni 2022 16:26

Demnächst müssen wohl Fragen an Minister zuvor vom Betroffenen persönlich genehmigt werden.

Richard Schmitt

@RichardSchmitt2



Am Freitag verkündet @lgewessler noch - vor Zeugen - dass in Österreich „ab 2030“ nur noch mit erneuerbarer Energie Strom erzeugt wird. Am Sonntag schaltet sie wieder ein Kohlekraftwerk zur Stromproduktion ein. Wie darf die Kollegin noch werken, @diegruenen? @WKogler?

20. Juni 2022 10:01

Wenn man vor lauter Klimahysterie die Realität aus den Augen verliert.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR

**Herbert Kickl**

16. Juni 2021

Mit dem gestrigen Wahlfinale zur französischen Präsidentenwahl konnte der Rassemblement National (RN) unter Marine Le Pen einen deutlichen Wahlsieg verzeichnen.



6.861 Personen gefällt das.

89 Abgeordnete sind das bisher beste Wahlergebnis für Le Pen.

ORF will auch für das Streamen übers Internet GIS kassieren

Verfassungsgerichtshof befasst sich derzeit mit der ORF-Beschwerde

Wegen des drohenden Minus im heurigen Budget und des Ausbaus des Streaming-Angebots will der ORF auch GIS von den Internetnutzern einheben.

Der ORF kämpft mit dem Dilemma, dass sich immer mehr Österreicher von der GIS abmelden und stattdessen nur noch ausgewählte Programme des Staatssenders per Stream über das Internet ansehen.

Das mussten auch die GIS-Eintreiber einsehen, die vom ORF-Inkasso verstärkt aufgeschickt wurden, um „Schwarzseher“ aufzufindig zu machen.

GIS für Streaming?

Dabei will doch der ORF sein Streaming-Angebot ausweiten und dafür auch von den Nutzern die GIS kassieren. Die darf er aber nach geltender Gesetzeslage nur



Wer ORF am Smartphone schaut, soll auch GIS zahlen?

bei Besitzern einheben, die für die Rundfunknutzung betriebsbereiter Empfangsgeräte haben, nicht aber bei Internet-Nutzern.

So hofft der Staatsfunk auf ein Einsehen der heimischen Verfassungsrichter, die sich derzeit mit einer Beschwerde des Staatsfunks bezüglich der Ungleichbehandlung zwischen diesen beiden Programmnutzungs-Möglichkeiten befassen.

Denn der ORF braucht trotz seines europaweit höchst dotierten Budgets dringend Geld. Es fehlen laut bisherigen Prognosen rund zwölf Millionen Euro für eine ausgeglichene Bilanz. Deren Erreichen hat ORF-General Roland Weißmann dem Stiftungsrat über diverse Einsparungsmaßnahmen versprochen. Im Juli muss Weißmann dem Stiftungsrat dann erklären, ob er damit im Plan liegt.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die einhellige Kritik der Opposition an der Untätigkeit der Koalition in Sachen Energiesicherheit ist dem „Standard“ eine Schlagzeile wert: „Breite Kritik an „planloser“ Energiepolitik“. Weil bei Gasknappheit der Ausfall mehrerer

Breite Kritik an „planloser“ Energiepolitik

Opposition wirft Regierung „Show“ vor
Umwelt-NGOs gegen Rückkehr zur Kohle

Kraftwerke droht, soll das Kohlekraftwerk Mellach reaktiviert werden. Dazu zielt die Zeitung FPÖ-Chef Herbert Kickl: „Wenn die grüne Ministerin mit der Reaktivierung eines Kohlekraftwerks die Energieversorgung in Österreich ‚retten‘ will, wissen wir, dass unser Land am Abgrund steht.“

Das Land schafft an, die Gemeinden müssen zahlen. Weil

FPÖ will Land stärker zur Kasse bitten

Die Gemeinderäte fragen sich, ob die FPÖ will, dass das Land die Reform der Sozialhilfeverbände hinauszögert, hat die Steirer-FPÖ

jetzt einen „10-Punkte-Plan“ vorgelegt, berichtet die „Kleinen Zeitung“. „Doppelgleisigkeiten, aufgeblähte Verwaltung und fehlende Transparenz der Geldflüsse“ müssen weg, zitiert die Zeitung FPÖ-Gemeindesprecher Stefan Hermann.

Wenn der ORF auf die Klima-Pauke haut, dann ordentlich. Da wird ausgerechnet der Liebhaver tonnenschwerer dieseldetriebener Militärfahrzeuge und emsige Privatjet-Vielflieger Arnold Schwarzenegger in Szene gesetzt, um auf die „Klimakrise“ und „Erderhitzung“ hinzuweisen.

Und dann hat man auch den Chef der Wissenschaftsredaktion im Haus, der schon in Corona-Zeiten Zwangsmaßnahmen inklusive Impfungszwang predigte.

Die bösen Energiekonzerne und der „hitzköpfige Despot“ in Moskau sind schuld, dass Österreichs oberste Klimaretterin zur Sicherung der Strombedarfs vom ohne-



GISBÄRS TV-NOTIZ

hin schon „problematischen“, weil fossilen Erdgas, auf die noch „wesentlich klimaschädlichere“ Kohle zurückgreifen muss.

Das sei „fossiles Denken“ im Dienste der E-Wirtschaft.

Denn es gebe ja technologisch viel günstigere Lösungen für eine nachhaltige Stromproduktion.

Ja natürlich, die Windräder. Nur blöd, dass der Wind sich nicht an die Stromnachfrage hält und meist dann bläst, wenn kaum Strom gebraucht wird.

Nur blöd, dass das Land mit der stärksten Solar- und Windanlagenproduktion, nämlich China, von diesen nachhaltigen Technologien Abstand nimmt und auf Kohle- und Atomstrom setzt.

Noch einmal zur Erinnerung: Österreich ist für 0,18 Prozent und die gesamte EU für knapp acht Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.

Aber trotzdem glauben manche, dass Europa den „Klimawandel“ stoppen kann, nein MUSS!

Das zweitälteste Gewerbe der Welt

Eine kurze Geschichte zum Geben und Nehmen

Das Wort hat sich in diesen Tagen und Wochen in unserem Sprachgebrauch eingenistet, keine Zeit im Bild lässt es aus. Es heißt „Korruption“.

Stammen tut es aus dem Lateinischen. Dort steht „corruptio“ für „Verdorbenheit“ und „Bestechlichkeit“ und bedeutet vor allem den Missbrauch einer Vertrauensstellung. Das kann im Rahmen öffentlicher Angelegenheiten geschehen, aber auch privat oder im Umfeld wirtschaftlicher Verantwortung. Posten werden korrupt vergeben, Aufträge ebenfalls, Verträge werden unter diesem Aspekt abgeschlossen.

So kann ein Auftraggeber etwa der Firma A einen Auftrag erteilen, obwohl die Firma B ihr Angebot preiswerter abgegeben hat und ihre Arbeiten auch gewissenhafter ausgeführt hätte.

Der Bestechende, also der Gebende, missbraucht dabei seine Macht, meist zum Nachteil der Öffentlichkeit, indem er dem Bestochenen, also dem Empfänger, Vorteile verschafft, die diesem nicht zustehen würden. Bei dieser „aktiven“ und „passiven“ Bestechung müssen beide darauf achten, dass ihre Handlungsweise nicht entdeckt wird, und dass der erzielbare Korruptions-Vorteil höher einzuschätzen ist als das Risiko

erwartbarer Sanktionen im Fall der Aufdeckung.

Sticht man einmal in eine Blase solcher Vorgänge, wird man diverser Merkwürdigkeiten fündig. So gab's etwa in Deutschland noch Ende des vorigen Jahrhunderts die Möglichkeit, Schmiergelder von der Steuer abzusetzen.

Spontan und geplant

Man unterscheidet jetzt zwei Arten von Korruption: die situative und die strukturelle.

Zur situativen Korruption entschließt sich der „Geber“ spontan, sie ist nicht geplant. Beispielsweise versucht ein Autofahrer, der wegen Schnellfahrens von einem Polizisten angehalten wird, diesem einen Geldbetrag anzubieten, sollte der von einer Anzeige absehen. Freilich setzt er sich dabei der Gefahr aus, dass das Wacheorgan sein Anerbieten nicht nur ablehnt, sondern auch zur Anzeige bringt.

Die strukturelle Korruption hingegen beruht meistens auf einer längerfristigen korruptiven Beziehung und ist langfristig geplant.

Es gibt eigentlich so gut wie kein Gebiet, auf dem es keine Korruptionsfälle gibt. Bestechlichkeit, Vorteils-gewährung, Ärzte-Bestechung, Geldwäsche, Subventionsbetrug, Strafvareitelung, Kreditbetrug,

Rechtsbeugung, Verletzung von Dienstgeheimnissen, Verfolgung Unschuldiger, Untreue, Wähler-Bestechung, Verletzung von Geschäftsgeheimnissen, Steuerhinterziehung, Postenschacher ...

Ganz schön teuer

Der Internationale Währungsfonds schätzt den jährlich entstehenden Schaden durch Korruption auf zwei Billionen Dollar.

Jeder Korruptionsvorgang hat als Voraussetzung eine sogenannte Win-win-Situation. Der Geber gewinnt, der Nehmer gewinnt.

Stellt der Taxler bei einer Fahrt, die 50 Euro gekostet hätte, bei 30 Euro den Taxameter ab, erwartet er vom Fahrgast 10 Euro, dieser wie-

derum erspart sich 10 Euro. Korruption also im Kleinen.

Wir finden die Korruption bereits in den Sprichwörtern: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Eine Hand wäscht die andere.

Und auch, wenn wir noch nie Politiker quietschen gehört haben, heißt es: Trotzdem lassen sie sich immer wieder schmieren.

Herbert Pirker



Foto: EZB

NAbg. Herbert Kickl
Bundesparteiobmann

LAbg. Udo Landbauer
Landesparteiobmann

NAbg. Michael Schnedlitz
Generalsekretär

ÖSTERREICH TOUR

Heimat. Wohlstand. Sicherheit.

WIESELBURGER-VOLKSFEST

Donnerstag, 30. Juni 2022

Beginn: ca. 17.00 Uhr

Sei dabei!

LIVE STREAM

Live auf Facebook

/fpoe und fpoe.at

STOPP.KOSTENLAWINE.AT
 KOSTENLAWINE STOPPEN

Zum Multimillionär mit EuroMillionen

Zweimal pro Woche liegen zumindest 17 Millionen Euro im Europot und mit dem Österreich Bonus wartet ebenso oft ein rot-weiß-rotes Zuckerl

Lotterie mit Mitgliedern in neun Ländern und Gewinnsummen, die ihresgleichen suchen – das sind seit 2004 die Zutaten der EuroMillionen Erfolgsgeschichte. Die teilnehmenden Länder zahlen dabei in einen gemeinsamen Pool ein, aus dem sich die Gewinnsummen für die einzelnen Ränge bilden. Bei „fünf Richtigen“ im 50 Zahlen umfassenden Zahlenfeld und „zwei Richtigen“ im zwölftelligen Sternenkreis, hat man den Europot geknackt. Seit Juli 2018 gibt es außerdem den Österreich Bonus. Mit ihm wird bei jeder Ziehung ein Gewinner von 100.000 Euro exklusiv unter Österreichs Spielteilnehmern ermittelt. Jeder EuroMillionen Tipp nimmt automatisch an dieser Verlosung teil.

Der bisher höchste rot-weiß-rote Gewinn wurde im Jahr 2008 mit „5 plus 2 Richtigen“ in Kärnten erzielt und betrug 55,6 Millionen Euro. Insgesamt 16 Europot Gewinner gab es bisher in Österreich. EuroMillionen kann in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien sowie auf win2day.at, entweder per Normalschein, Quicktipp, mit System, mittels Anteilsschein, Team Tipp oder per EuroMillionen Abo über die Lotterien App, gespielt werden. Die Ziehungen finden dienstags und freitags in Paris statt und werden anschließend auf ORF 2 ausgestrahlt. Annahmeschluss ist jeweils um 18.30 Uhr. Alle Informationen zum Spiel gibt es in jeder Annahmestelle sowie auf www.win2day.at



Foto: Peter Seyer Österreichische Lotterien

Hallo Sommer, hallo 20.000 Euro

Rubbellos startet mit einem neuen Los in die warme Jahreszeit

Mit einem kräftigen „Hallo“ heißt Rubbellos die warme Jahreszeit und damit die bevorstehende Badesaison willkommen. Dementsprechend heißt es auch „Hallo Sommer“ und bietet die Aussicht auf bis zu 20.000 Euro Gewinn.



Von der Spielsystematik her ist es ein klassisches „Match Three“ Game, das heißt: Unter der Rubbelschicht befinden sich unterschiedliche Geldbeträge. Stimmen drei Geldbeträge überein, so hat man diese Summe einmal gewonnen. Der Hauptgewinn beträgt 20.000 Euro und ist in dieser Serie mit 1.960.000 Losen zweimal enthalten. Daneben gibt es zahlreiche weitere Gewinne von 2 Euro bis 1.000 Euro. Die Chance auf einen Gewinn beträgt 1:2,91, und die Lose sind zum Preis von 2 Euro pro Stück in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich.

KÄRNTEN:

27.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer
Kulturstätte Gurk · Hemmaweg 5, 9342 Gurk

28.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer
Gasthof Bacher
Vassacher Straße 58, 9500 Villach

29.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer
Mochoritsch Griffen-Rast
Gewerbestraße 11, 9112 Griffen

30.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer
Gasthaus Krall
Ehrenthaler Straße 57, 9020 Klagenfurt

01.07.2022 | 19.30 Uhr
mit NAbg. Erwin Angerer
Rasdorferhof · Rasdorf 1, 9761 Greifenburg

STEIERMARK:

24.06.2022 | 10.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Hauptplatz Gleisdorf, 8200 Gleisdorf

24.06.2022 | 14.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Rathausplatz (vor Villa Hold), 8330 Feldbach

24.06.2022 | 17.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Das Steakhouse
Gasselsdorf 116, 8543 St. Martin im Sulmtal

30.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Walter Rauch
Grabher-Haus
Übersbachgasse 13, 8280 Fürstenfeld

! Termine werden laufend aktualisiert.
Sie finden sie auf stopp.kostenlawine.at

NIEDERÖSTERREICH:

28.06.2022 | 18.30 Uhr
mit GS NAbg. Michael Schnedlitz
Rudy's Cocktail and MORE
Hauptstraße 24, 2201 Gerasdorf

30.06.2022 | 17.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Wieselburger Volksfest in Ludwigs Festzelt

TIROL:

02.07.2022 | 13.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Musikpavillon Zell am Ziller
Ortszentrum, 6280 Zell am Ziller

02.07.2022 | 18.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl
Gasthaus Gwercher
Dorf 132, 6252 Breitenbach am Inn



Donaustädter Sommergespräche 2022

Im Juni, Juli, August und September, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr,
im Gasthof GOLDENER HIRSCH, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 30.6. Klubobmann LAbg. Maximilian KRAUSS, MA
- Do 7.7. Generalsekretär NAbg. Michael SCHNEDLITZ
- Do 14.7. Landesparteibeamter KO LAbg. Marlene SVAZEK, BA
- Do 21.7. Landesparteibeamter, LH-Stellv. Mag. Dr. Manfred HAIMBUCHNER
- Do 28.7. Fraktionsvorsitzender BR Christoph STEINER

Moderation: Angela Schütz, MA. [Anmeldung unter: angela.schuetz@fpoe.at](mailto:angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteibeamter

LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteibeamter

Die Bezirksgruppe bedankt sich für die bisherige Unterstützung und freut sich über Beiträge/Spenden
unter AT40 1200 0004 0802 4909.

Wir weisen darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird. Es gelten die gesetzlichen Veranstaltungsbestimmungen!
Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden. Sämtliche Fotorechte liegen bei der FPÖ!

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

[f/fpoe.wien.donaustadt](https://www.facebook.com/fpoe.wien.donaustadt)
[@fpoe.wien.donaustadt](https://www.instagram.com/fpoe.wien.donaustadt)
[/FPÖeDonaustadt](https://www.tiktok.com/@fpoe.wien.donaustadt)

donaustadt.fpoe-wien.at



Donaustädter Sommergespräche 2022

Im Juni, Juli, August und September, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr,
im Gasthof GOLDENER HIRSCH, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 4.8. NAbg. Mag. Philipp SCHRANGL / LAbg. a.D. Mag. Dr. Alfred WANSCH
- Do 11.8. Landesparteibeamter KO LAbg. Mario KUNASEK
- Do 18.8. NAbg. Christian HAFENECKER, MA
- Do 25.8. Delegationsleiter MEP Harald VILIMSKY
- Do 1.9. Landesparteibeamter Stadtrat Dominik NEPP, MA

Moderation: Angela Schütz, MA. [Anmeldung unter: angela.schuetz@fpoe.at](mailto:angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteibeamter

LAbg. Toni Mahdalik
geschäftsführender Bezirksparteibeamter

Die Bezirksgruppe bedankt sich für die bisherige Unterstützung und freut sich über Beiträge/Spenden
unter AT40 1200 0004 0802 4909.

Wir weisen darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird. Es gelten die gesetzlichen Veranstaltungsbestimmungen!
Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden. Sämtliche Fotorechte liegen bei der FPÖ!

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

[f/fpoe.wien.donaustadt](https://www.facebook.com/fpoe.wien.donaustadt)
[@fpoe.wien.donaustadt](https://www.instagram.com/fpoe.wien.donaustadt)
[/FPÖeDonaustadt](https://www.tiktok.com/@fpoe.wien.donaustadt)

donaustadt.fpoe-wien.at

